

**Strauß: Europa ist unsere Zukunft**

Deutschland unser Vaterland und Bayern unsere Heimat. Das war das Credo von Franz Josef Strauß. Es war auch Franz Josef Strauß, der 1987 das 1. Büro des Freistaats in Brüssel, damals mit 2 Mitarbeitern, in der Rue Montoyer etablierte. Schon 1990 erfolgte der Umzug in 2 Stadthäuser am Boulevard Clovis, 2004 konnte ich die jetzige Bayerische Vertretung mit der Adresse Rue Wirtz 77 eröffnen.<sup>77</sup> Mein Vorgänger als Europaminister Reinhold Bocklet hatte dieses Grundstück 2001 gekauft, Edmund Stoiber war von der Lage begeistert, die Schweizer, die auch Interesse hatten, dort ihre Botschaft zu bauen, hatten das Nachsehen. Das ehemalige Institut Pasteur aus dem Jahr 1903, in dem Jules Bordet, der Entdecker des Erregers des Keuchhustens *Bordetella pertussis* und Nobelpreisträger für Medizin 1919, als Immunologe und Bakteriologie arbeitete, sah aus wie ein Schlösschen. Das europäische Parlament, der vorherige Eigentümer des Grundstücks, hatte offensichtlich keine Verwendung. Es wird kolportiert, dass eine Nutzung als Kindergarten vorgesehen war, diese Nutzung aber wegen der Vermutung von Altlasten in dem früheren Laborgebäude wieder verworfen wurde. Das Grundstück mit den Gebäuden war alles andere als eine Altlast, es war ein Juwel, allerdings im Zustand einer Beinahe-Ruine, auf deren Dach schon Bäume wuchsen. Nach den Erfahrungen mit den gescheiterten Umbauplänen am Boulevard Clovis, wurde beim Umbau die vorhandene Bausubstanz sehr einfühlsam renoviert, Neues wie der Saal und ein kleiner Bürokubus perfekt den vorhandenen Gebäuden zugeordnet, die Außenanlage bis ins Detail der Bepflanzung der ursprünglichen Form angenähert, die Transparenz zum angrenzenden Parc Leopold erhalten. Auch die Innenarchitektur und die Ausstattung, die durch den deutschen Beitrag bei der Weltausstellung 1910 in Brüssel inspiriert wurde, wurden mit viel Liebe zum Detail gestaltet. Im Foyer des Bierkellers erinnert ein Bildnis des Prinzregenten Luitpold an die Prinzregentenzeit, in der das Gebäude entstanden war. Damit wird auch Bezug genommen auf die dynastischen Verbindungen zwischen Belgien und Bayern. Elisabeth, Herzogin von Bayern ( 1876 – 1965 ) war die Frau des belgischen Königs Albert I. und Mutter des späteren Königs Leopold III. Elisabeth ist

---

<sup>77</sup> Prunkvoll und teuer, Bayern residieren in Brüssel auf Neuwahnstein NN vom 29.09.2004  
<http://bit.ly/1i4RtnK>

auch die Namensgeberin des „Concours Reine Elisabeth“, eines 1937 ins Leben gerufenen renommierten Musikwettbewerbs. Deshalb haben wir das Konzert am 28. September 2004, am Vorabend der Eröffnung der Bayerischen Vertretung, im Flagey mit dem Rundfunkorchester des Bayerischen Rundfunks unter Maestro Marcello Viotti der Erinnerung an Königin Elisabeth von Belgien gewidmet.

Schon während des Baus wurde die bayerische Vertretung als „Neuwahnstein“ und ein Symbol des bayerischen Größenwahns bezeichnet. Wir konterten damit, dass Neid die höchste Form der Anerkennung ist. Wir mussten nicht jeden Tag die bayerische Fahne hissen oder den bayerischen Defiliermarsch spielen, um die Präsenz Bayerns in Brüssel zu demonstrieren. Aus fast jedem Fenster des Europäischen Parlaments, das hinter der Vertretung aufragt, hat man einen Blick auf die Vertretung. Alle wichtigen europäischen Institutionen, Parlament, Rat, Kommission, Ausschuss der Regionen liegen in unmittelbarer Nachbarschaft, so dass keiner an Bayern vorbeikommt und jeder gern bei den Bayern vorbeikommen will. Ein unschätzbare Vorteil für die Arbeit in Brüssel. Mit Understatement erreichten wir Understanding und damit Standing. Die Bayerische Vertretung symbolisiert und realisiert mit ihrer Architektur die Verbindung von Tradition und Fortschritt, mit ihrem Veranstaltungsprogramm die Vielfalt der Union und mit ihrer politischen Arbeit die Einforderung von Subsidiarität und Bürgernähe. Die Regionen müssen in Brüssel sichtbar sein, sonst ist das Europa der Regionen ein Phantom. Die Europäische Architektur erdrückt Bayern genauso wenig wie die Europäische Politik. Ganz im Gegenteil: die Europäische Union gibt Bayern eine Plattform, auf der Bayern europaweit und weltweit besser sichtbar ist. Die Balance zwischen Einheit und Vielfalt ist die ständige Herausforderung der europäischen Politik. Niemand kann bezweifeln, dass die Nationalstaaten heute zu klein geworden sind, um die Interessen ihrer Bürger im globalen Wettbewerb durchzusetzen. Franz Josef Strauß stellt schon 1980 fest: „Dabei zeigen gerade die letzten Jahre, dass die nationale Souveränität, an die sich auch die Mitgliedsländer der EG so hartnäckig klammern, in Wirklichkeit längst zu einer Scheinsouveränität geworden ist. Weder gibt es eine ausschließlich nationale Konjunktur- und Wirtschaftspolitik, die nicht massiv von internationalen Faktoren beeinflusst wird, noch ist eine selbstständige Währungspolitik ohne internationale Vereinbarungen möglich. Und wo gibt es noch eine nationale Verteidigungs- oder Außenpolitik? Auch gesellschaftspolitische Umwälzungen lassen sich nicht mehr in nationalen Kategorien sehen und werten. Studentenunruhen in Paris lösen Aufruhr in Rom, Athen oder Berlin aus. Gewerkschaftliche Forderungen bleiben nicht auf den nationalen Rahmen beschränkt. Fragen

des Wettbewerbs zwingen über Staatsgrenzen hinweg zum Ausgleich. Überhaupt ist zu fragen, ob demokratische Staaten nicht auch deshalb immer schwieriger zu regieren sind, weil viele der anstehenden Probleme längst den einzelstaatlichen Rahmen gesprengt haben..... Die großen und lebensentscheidenden Aufgaben, die vor uns Europäern stehen, sind auf nationaler Ebene nicht mehr zu lösen.“<sup>78</sup>

Wer heute die Europäische Union als einen Raum des Friedens, der Freiheit und des Rechtes als Selbstverständlichkeit erlebt, vergisst oft, welche Geschichte Europa hinter sich hat. Sechzig Millionen Europäer starben in den Kriegen in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Europa beruft sich auf das christlich-jüdische Erbe. Die wichtigste Botschaft des Christentums ist „Friede auf Erden“. Dennoch folgte Europa über viele Jahrhunderte mehr dem Schwert als dem Kreuz. „Not Peace but a Sword“ heißt das Kapitel in der Geschichte der Christenheit, mit dem Diarmaid McCulloch die Kriege beschreibt, die das Christentum töteten.<sup>79</sup> McCulloch erwähnt das Manifest der 93 von 1914, unter der Überschrift „An die Kulturwelt, ein Aufruf“ und die Erklärung der Hochschullehrer vom 16. Oktober 1914, Dokumente aus Deutschland, die Krieg und Kriegsverbrechen rechtfertigen, ebenso wie das Gebet des Bischofs von London Arthur Winnington-Ingram im Advent 1915, der die britische Armee aufforderte „to kill the good as well as the bad, to kill the young man as well as the old“. Immerhin drückte der britische Premierminister Herbert Asquith seine Abneigung gegen den Bischof mit den Worten „an intensely silly bishop“ aus. In Deutschland wurden aus Glocken Kanonen gegossen, das Gegenteil von dem, was Micha im Alten Testament prophezeite. Die Versuche von Papst Benedikt XV zu einem Verhandlungsfrieden scheiterten. Europa wurde zum Schlachtfeld. Der Nationalismus war Machtfaktor, die gemeinsame Religion wurde vergessen. Wer geglaubt hatte, dazu gäbe es keine Steigerung mehr, wurde durch das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg gründlich widerlegt. Europa hat eindeutige Grenzen im Westen. Nächster Stopp nach den Äußeren Hebriden ist Amerika. Von Iona aus, einer kleinen Insel der Inneren Hebriden missionierten die iro-schottischen Mönche Franken. Im Osten sind die Grenzen weniger eindeutig. Die russisch-orthodoxe Kirche hat Moskau als Drittes Rom bezeichnet, als Zweites Rom gilt Konstantinopel. Die gemeinsame christliche Religion kennzeichnet Europa mehr als alles andere. Aber erst die Erfahrung der Schlacht von Stalingrad, die als Wende des Zweiten Weltkrieges betrachtet wird, hat Europa dem Frieden näher gebracht und mit der Gründung des Europarates am 5.

---

<sup>78</sup> Franz Josef Strauß, Gebote der Freiheit, Gruenwald, 1980

<sup>79</sup> Diarmaid McCulloch, A History of Chritianity, Penguin Books, 2010

Mai 1949 einen unumkehrbaren Prozess eingeleitet, der heute in der Europäischen Union mit 28 Mitgliedsstaaten tatsächlich einen Raum des Friedens, der Freiheit und des Rechtes verwirklicht. Insgesamt 47 europäische Staaten sind heute Mitglied des Europarates, nur Weißrussland noch nicht. Die Grenzen Europas sind heute deshalb nicht eine Frage der Geographie, der Religion, der ethnischen Zugehörigkeit, sondern eine Frage der Anerkennung der europäischen Werte, die in der europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Verträge formuliert sind. Seit 1949 wurden Schwerter in Europa tatsächlich zu Pflugscharen, wie es der Prophet Micha schreibt: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel machen. Kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden fortan nicht mehr lernen, Krieg zu führen“. Gemeinsam mit Freunden aus Bayern hat der Ost-West-Wirtschaftsclub 2013 zum Jahrestag von 70 Jahre Schlacht von Stalingrad den Grundstein für eine Friedenskapelle in Rossoschka gelegt. Diese Kapelle soll 2015, siebenzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, geweiht werden. Aus der Steppe führen Stufen zu einem Podest mit einem Altar, der von einem lateinischen und einem orthodoxen Kreuz flankiert wird. Diese Friedenskapelle verbindet mit dem Kreuzsymbol den russischen und den deutschen Soldatenfriedhof. Diese Friedenskapelle soll ein Ort der gemeinsamen Begegnung und des gemeinsamen Gebetes für den Frieden sein und die Forderung verwirklichen, die auf der Gedenktafel in Rossoschka steht: „Sorgt Ihr, die Ihr noch im Leben steht, dass Friede bleibe, Friede zwischen den Menschen, Friede zwischen den Völkern“. Die europäischen Völker haben in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts alle Grenzen der Grausamkeit gegeneinander überschritten, die vorstellbar oder auch nicht vorstellbar waren. Allein 27 Millionen Russen starben im Zweiten Weltkrieg, der Holocaust ist ohne Parallele in der Geschichte der Menschheit. Deshalb kann nicht oft genug daran erinnert werden, dass der Friedensprozess in Europa seit 1949 eine weltgeschichtliche Sensation ist. Manche begreifen dies vielleicht erst, wenn sie einmal auf dem Gräberfeld in Rossoschka stehen und an den Geburtsdaten der dort begrabenen Menschen erkennen, welche Verbrechen an der Jugend Europas frühere Generationen begangen haben.

Wenn auch in den Mitgliedstaaten des Europarates Recht und Freiheit noch nicht überall und vollständig realisiert sind, das zeigt das aktuelle Beispiel der Ukraine, so ist doch die Europäische Union ein Zeichen der Hoffnung für viele Menschen, dass ihre Träume wahr werden können. Jenseits der Grenzen Europas sind im Nahen und Mittleren Osten schwerwiegende Konflikte nach wie vor völlig ungelöst. Der Zerfall des osmanischen

Reiches, die willkürliche Grenzziehung je nach Interessenslage der Europäer in den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg hat zu einem Frieden geführt, der eigentlich jeden Frieden beendet hat.<sup>80</sup> Auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz 2014 wurde deshalb sehr deutlich thematisiert, dass die Europäische Union sich intensiver und konstruktiver in die Friedensprozesse im Nahen und Mittleren Osten einbringen muss, im Interesse dieser Länder, aber auch im eigenen und weltweiten Interesse, da in diesen Konflikten der Ursprung des Terrorismus und der asymmetrischen Bedrohungen der freien Welt liegt. Allein die Entwicklung eines Raumes des Friedens, der Freiheit und des Rechtes für inzwischen 28 Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union rechtfertigt es von dem Projekt Europa als dem weltweit am besten gelungenen politischen Projekt zu sprechen. Dennoch ist eine antieuropäische Stimmung weit verbreitet und nationalistische Tendenzen nehmen zu. Für die heutige Generation zähle nicht die Erinnerung an die blutige Vergangenheit, sondern die Gegenwart und die Zukunft, so wird argumentiert.

Tony Judt schreibt im letzten Kapitel seines Buches „Post War“ über „Europe as a Way of life“ und schließt mit den Sätzen: „In spite of the horrors of their recent past – and in large measure because of them – it was Europeans who were now uniquely placed to offer the world some modest advice on how to avoid repeating their own mistakes. Few would have predicted it sixty years before, but the twenty-first century might yet belong to Europe”<sup>81</sup> Sprechen wir also über das 21. Jahrhundert.

Die Globalisierung ist das prägende Element des 21. Jahrhunderts. Thomas L. Friedman beschreibt die Globalisierung in seinem Buch „The World is Flat“ in 3 Stufen: die Globalisierung 1.0 bedeutet Staaten globalisierten, die Globalisierung 2.0 Unternehmen globalisierten, die Globalisierung 3.0, Individuen globalisierten, stehen im weltweiten Wettbewerb und arbeiten weltweit zusammen.<sup>82</sup> Globalisierung 3.0 setzt etwa 2000 ein und ist ein Produkt der Konvergenz von Personalcomputer, von Glasfaserkabel und der Softwareentwicklung. Damit werden alle bestehenden Grenzen der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft ausgehebelt. Information ist weltweit in Internetzeit, d.h. sofort, verfügbar, kann ausgetauscht werden, Meinung bilden, Massen bewegen, Kapitalströme steuern, Werte

---

<sup>80</sup> David Fromkin, A Peace to end all Peace An Owl Book, Henry Holt and Company, 1989

<sup>81</sup> Tony Judt, Post War, A History of Europe since 1945, The Penguin Press 2005

<sup>82</sup> Thomas L. Friedman, The World is Flat, Penguin books, 2006

schaffen oder Werte vernichten. Chancen der Globalisierung optimieren und Risiken der Globalisierung minimieren ist nicht mehr in den Grenzen des Nationalstaats möglich, dies gilt für Staaten, für Unternehmen und für jedes einzelne Individuum. Man könnte versuchen, das alles in bilateralen oder multilateralen Abkommen zu regeln. Taktgeber dabei sind natürlich die großen Staaten und nicht die kleinen. Nicht von ungefähr sind die Vereinigten Staaten die größte Volkswirtschaft der Welt, der Dollar die Leitwährung, die US Army, Airforce und Navy das größte Militärpotenzial, der American Way of Life das Vorbild, das weltweit nachgeahmt wird. Das Internet wird zum großen Teil von Amerika dominiert, Microsoft, Google, Apple, Facebook, Twitter sind nur die prominentesten Beispiele. Die BRICS – Staaten, Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika stehen auf dem Sprung in diese Liga. Südafrika definiert sich als Tor zu Afrika, China als Werkbank der Welt, Indien als Denkfabrik der Welt, Brasilien und Russland als Rohstofflager der Welt. Wie definiert sich Europa? Auf einer Konferenz der Europäischen Regionen mit Gesetzgebungskompetenz, zu der Bayern als Vorsitzlandland am 21. und 22. November 2005 nach München eingeladen hatte, um den bayerischen Vorsitz an den First Minister of Wales, Hywel Rhodri Morgan, zu übergeben, stellte dieser in einer Diskussion über die Rolle Europas im globalen Vergleich die Frage, ob die europäische Perspektive nur noch „Old People´s Home“ sei. Die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Raum der Welt zu machen, war das Ziel der Lissabon Strategie, die auf dem Gipfel von Lissabon im März 2000 beschlossen wurde. Dieses Ziel sollte 2010 erreicht werden. Romano Prodi musste 2004 bei seinem Abschied als Präsident der Europäischen Union feststellen, dass dieses Ziel in keiner Weise erreicht wird. Deshalb wurde 2010 auch die Strategie „Europa 2020“ als Nachfolgestrategie von Lissabon verabschiedet. Im Mittelpunkt beider Strategien stehen Innovation als Treiber des Wachstums und als Voraussetzung für Innovation die Wissensgesellschaft. Ohne wirtschaftliches Wachstum ist weder die Kohäsionspolitik, das Aufholen der neuen Mitgliedstaaten zu gestalten, noch die Herausforderung Demographie zu bewältigen und schon gar nicht die Schuldenkrise in der Europäischen Union zu lösen. Die Chance für Wachstum ist in der Europäischen Union insgesamt ungleich höher als in den einzelnen Mitgliedstaaten alleine. Die Voraussetzungen dafür müssen jedoch auch in den Mitgliedstaaten geschaffen werden. Innovation, die Entwicklung neuer Güter und Dienstleistungen zur Marktreife kostet Geld. Auf dem größten Binnenmarkt der Welt mit 500 Mio. Verbrauchern können die hohen Kosten für die Innovationen am leichtesten wieder verdient werden, ohne an Barrieren nationaler Grenzen zu stoßen. Der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital

innerhalb des Binnenmarktes ist beste Basis für Wachstum, nicht das protektionistische Einsperren in nationale Grenzen. Dieser freie Verkehr muss auch tatsächlich möglich sein durch Ausbau der Infrastruktur. Die transeuropäischen Netze für Verkehr, Energie und Kommunikation haben höchste Priorität. Ein gut funktionierendes Verkehrsnetz erfordert erhebliche Mittel.

„Die Kosten für den verkehrsbedarfsgerechten Ausbau der EU-Infrastruktur wurden für den Zeitraum 2010 bis 2030 mit über 1 500 Mrd. EUR veranschlagt. Die Vollendung des TEN-V-Netzes erfordert bis 2020 rund 550 Mrd. EUR, wovon rund 215 Mrd. EUR für die Beseitigung der Hauptengpässe benötigt werden. Nicht darin eingeschlossen sind Investitionen in Fahrzeuge, Ausrüstungen und Infrastruktur für Zahlungsvorgänge, wofür weitere rund 1000 Mrd. EUR zur Erreichung der Emissionsverringerrungsziele für das Verkehrssystem erforderlich sein können. Allein für die Verkehrsnetze müssten bis zum Jahr 2020 600 Mrd. €ausgegeben werden.“<sup>83</sup>

Zu den TEN-Projekten gehört auch das Satelliten Navigationssystem Galileo, das mit 30 Satelliten und der notwendigen Infrastruktur am Boden Europa eine eigenständige Position gegenüber den USA mit GPS, Russland mit GLONASS und China mit Beidou geben wird.<sup>84</sup> Für die Finanzierung von Galileo und EGNOS (European Geostationary Navigation Overlay Service ) wurden 7 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014—2020 durch das Europäische Parlament genehmigt. Die Positionsgenauigkeit kann damit auf 1 bis 3 m verbessert werden.

Nirgendwo ist die die europäische Zusammenarbeit wichtiger und sinnvoller als bei der Energiepolitik. Kein europäisches Land hat Energieressourcen, die es aus eigener Kraft nutzen kann, um seine Energieversorgung zu sichern. Der Reichtum an fossilen Rohstoffen in USA und in Russland ist ein geostrategischer Vorteil, der nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Sicherheit betrifft. Gegen den amerikanischen Präsident George W. Bush wurde der Vorwurf gemacht „No Mullah left behind“. Der Energiehunger der USA finanziere indirekt den Terrorismus.<sup>85</sup> Deshalb versuchen die Vereinigten Staaten ihre fossilen Reserven zu erschließen und Gasvorkommen für die nächsten 100 Jahre zu sichern. Ob das gelingt ist eine andere Frage. Das Fracking ist auch in Amerika umstritten und die Größe der Vorräte

---

<sup>83</sup> Weissbuch EU-Kommission, Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem, 28.03.2011

<sup>84</sup> Infographik, So funktioniert Satellitenavigationssystem Galileo, <http://bit.ly/1d1nOet>

<sup>85</sup> Thomas L. Friedman, No Mullah left behind, New York Times 13. Februar 2005 <http://nyti.ms/1d1reOl>

fraglich. Die USA, Russland und China haben bei fossilen Rohstoffen jeweils bessere Karten in der Hand als die Europäische Union. Auch bei nachwachsenden Energien sind die Voraussetzungen besser. Alle 3 haben eine große Nord-Süd Ausdehnung und damit bessere Optionen für Sonne und Wind, als die europäischen Länder. Die Europäische Union insgesamt hat diese Option auch. Deshalb ist eine gemeinsame europäische Klima- und Energiepolitik nahezu zwingend, wenn Versorgungssicherheit, internationale Wettbewerbsfähigkeit bei den Energiekosten und Klimaschutzziele unter einen Hut gebracht werden sollen. Auch die Speicherproblematik könnte sich im europäischen Verbund entschärfen: irgendwo in Europa scheint immer die Sonne oder weht der Wind, es wird kaum Tage mit totaler Flaute in der EU geben. Windkraftwerke und Solarkraftwerke dort zu bauen, wo der Wind am meisten weht und die Sonne am intensivsten scheint, ist in der Europäischen Union möglich. Eine energieautarke Europäische Union wäre deshalb ein viel sinnvollerer Ziel als ein energieautarkes Deutschland, ein energieautarkes Bayern oder gar ein energieautarkes Landkreis. Der europäische Verbund kann im globalen Wettbewerb riesige Vorteile bringen. Die Solartechnologie und die Windkrafttechnologie sind in Europa zuhause und führend in der Welt. In München ist die größte Solarmesse der Welt die Intersolar angesiedelt.<sup>86</sup> Bill Richardson, Govenor von New Mexiko 2003-2008 und früherer Energieminister in der Administration Bill Clinton, besuchte 2008 die Intersolar mit einer großen Delegation. Bei einem Abendessen im Bayerischen Hof wurde sehr deutlich, dass die europäische Technologie für die Vereinigten Staaten interessant ist. In New Mexiko scheint an 256 Tagen die Sonne, in manchen Gebieten an 300 Tagen. Solche Werte erreichen wir auch in Südeuropa.

„Rarely does the much-abused slogan of „more Europe” make more sense, and solve more problems, than in energy matters” stellte „The Economist” fest.<sup>87</sup> Deutschland liegt mitten in Europa, deshalb kann ein europäischer Energieverbund nur mit Deutschlands stattfinden oder überhaupt nicht. Umgekehrt wird die Energiewende in Deutschland kein Erfolgsprojekt, wenn sie nicht in eine europäische Energiepolitik eingebettet ist. Der gemeinsame Energiebinnenmarkt soll bis 2014 vollendet werden. Dazu hat die EU-Kommission 2012 eine Mitteilung vorgelegt, die die ehrgeizigen Ziele und Maßnahmen formuliert.<sup>88</sup> Die

---

<sup>86</sup> INTERSOLAR EUROPE - DIE WELTWEIT GRÖSSTE FACHMESSE FÜR DIE SOLARWIRTSCHAFT  
<http://bit.ly/1d1xB4d>

<sup>87</sup> When the wind blows, The Economist, 7. September 2013 <http://econ.st/1bhn94t>

<sup>88</sup> Mitteilung der EU-Kommission 15. 11. 2012 Ein funktionierender Energiebinnenmarkt, <http://bit.ly/NfZHiP>

Süddeutsche Zeitung berichtet über den Binnenmarkt an der Steckdose, mit dem Europas Strommärkte werden durch die Hintertür vereint werden.<sup>89</sup> Erstmals werden damit die Großhandelspreise in 15 Ländern, die 75 % der Stromproduktion der Europäischen Union darstellen, über die Grenzen hinweg ausgehandelt. Energiekommissar Günther Oettinger wird mit den Worten zitiert: „wir arbeiten an einem Schengenraum des Stroms“

Wahrscheinlich hat diese Aktivität der Agency for the Cooperation of the Energy Regulators mehr Einfluss auf die Strompreise im Sinne der Verbraucher als die nationalen Basteleien des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel am Energieeinspeisungsgesetz.<sup>90</sup> Der funktionierende Energiebinnenmarkt ist damit eine wichtige Voraussetzung für Wachstum und globale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten, ein europäischer Mehrwert, der in nationalen Grenzen nicht erbracht werden kann.

Deutschland und Europa wurde aufgeschreckt durch die Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden. Die massenhafte Sammlung von Daten im Internet, das Überwachen des E-Mail Verkehrs, das Abhören von Telefongesprächen selbst der Bundeskanzlerin Angela Merkel und des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder durch die National Security Agency belastete massiv das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Die Vereinigten Staaten waren schon früher aufgeschreckt wegen der Spionage fremder Geheimdienste, vermutet wurde meistens China, die nationale Sicherheit und die Wirtschaft bedrohten.<sup>91</sup> Als wir im März 2013 im Rahmen des Dialogprogramms der Hanns-Seidel-Stiftung mit den USA Washingtons besuchten gab Jason Healey, Direktor der „Cyber Statecraft Initiative“ beim „Atlantic Council“, der Delegation einen fundierten Überblick über Amerikas aktuelle Strategien zur Bewältigung globaler Cyber-Bedrohungen, insbesondere was Länder wie China anbelangt. Healey warb dabei für die Etablierung klarer internationaler Normen und Standards, um staatlich koordinierten Hacker-Attacken in Zukunft durch das Prinzip des „naming and shaming“ vorzubeugen.<sup>92</sup> Wir hatten allerdings den Eindruck, dass die Vereinigten Staaten mehr auf ihre Kapazitäten der Gegenspionage und eigene Aktivitäten der Abwehr setzten, als auf ein Abkommen über ein neues Benehmen zwischen den Staaten. Die Zeit ist nicht nur reif, sie ist überreif für ein solches Abkommen, das präventiv wirken soll. Die Europäische Union ist

---

<sup>89</sup> Binnenmarkt an der Steckdose, SZ vom 7. Februar 2014

<sup>90</sup> ACER <http://bit.ly/1dvUXL1>

<sup>91</sup> Richard A. Clark, Obama´s challenge in Cyberspace Huffington Post, 8.Mai 2009 <http://huff.to/1eGILvJ>

<sup>92</sup> HSS, Bayerische Parlamentarier in Washington, <http://bit.ly/1f3jQyM>

innerhalb und außerhalb des Binnenmarktes gefordert, das digitale Europa zu verwirklichen und durchzusetzen. Das reicht von banalen Dingen wie der Kappung der Roaminggebühren der Mobilfunkunternehmen, der Optimierung der digitalen Dividende durch EU-weites Frequenzmanagement bis zu den elementaren Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und des Schutzes der Privatsphäre. Dazu gibt es nur internationale, mindestens aber europaweite Lösungen. Das Internet ist international aufgestellt und Cloud Computing entzieht sich dem nationalen Zugriff. Die Datenschutzverordnung der Europäischen Union, darf nicht dem Kompetenzgerangel zwischen Mitgliedstaaten zum Opfer fallen. Die EU braucht eine eigene digitale Agenda. Die Kommissarin Nelly Kroes hat auf dem Gipfel in Davos im Januar 2014 die Eckpunkte der digitalen Agenda, connected, open, secure dargelegt.<sup>93</sup> Die Schriftstellerin Juli Zeh hat in einem Brief an Angela Merkel im Juli 2013 eine Strategie für ein digitales Zeitalter eingefordert. Demokratische Rechte und Integrität der Persönlichkeit müssen im Zeitalter von Big Data geschützt werden. Ausdrücklich wird die Datenschutz-Grundverordnung der EU gefordert, die vom Innenministerium in Berlin blockiert wird. Juli Zeh mahnt die Antwort der Kanzlerin in einem zweiten offenen Brief im Mai 2014 an.<sup>94</sup> Der europäische Binnenmarkt kann durch die Digitalisierung einen neuen Wachstumsschub auslösen. Es gilt aber auch den fairen Wettbewerb zu sichern. Weltweit operierende Unternehmen wie Google und Microsoft müssen sich den Wettbewerbsregeln der EU beugen. Bereits 2004 hat die Europäische Union eine Strafe von 493 Millionen € gegen Microsoft verhängt wegen Marktmissbrauchs. Gegen Google läuft ein ähnliches Verfahren. Es droht eine Strafe in einer Größenordnung von 5 Milliarden €. Ein Kompromiss, zu dem auch die betroffenen Konkurrenten gehört werden, kann diese Strafe vermeiden, wenn faire Wettbewerbsbedingungen hergestellt werden. Die Generaldirektion Wettbewerb hat eine wichtige Funktion für die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes und macht von ihren Kompetenzen auch konsequent Gebrauch.

Das Motto der EU ist Vielfalt in der Einheit und Einheit in der Vielfalt. Das „Europa der Regionen“ ist eine alte Forderung der CSU, die immer wieder mit Leben erfüllt werden muss. Bayern ist sozusagen der Lordsiegelbewahrer des föderalen Staatsaufbaus, der Wettbewerb und Zusammenarbeit zwischen den Regionen möglich macht. Bayern hat schon immer die Zusammenarbeit mit den Regionen in Europa gepflegt, auch über die Europäische Union

---

<sup>93</sup> Nelly Kroes, A Vision for Europe 22. Januar 2014

<sup>94</sup> Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, DIE ZEIT vom 15. Mai 2014

hinaus. Alfons Goppel hat gemischte Kommissionen zwischen Bayern und anderen Regionen gegründet, die gemeinsame Projekte im gegenseitigen Austausch und auf gleicher Augenhöhe entwickelt haben. Die Erste dieser Kommissionen war die Kommission Bayern und Serbien im Jahr 1970. Diese Kommissionen gibt es auch mit Slowenien und mit Kroatien. Über die Region hinaus wurden diese Kommissionen auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit den neu entstandenen Staaten beibehalten und im Vorfeld des Beitritts der SOE- und MOE-Länder zur Europäischen Union auf diese Staaten mit Ausnahme der baltischen Staaten ausgedehnt. Die Zusammenarbeit in diesen Kommissionen ist für beide Seiten von großem Nutzen. Eine besondere Bedeutung hat die Kommission Bayern Tschechien, die seit 1991 existiert. Am 11. Juli 2007 wurde eine Auslandsrepräsentanz des Freistaats Bayern in Prag eröffnet. <sup>95</sup> Der heutige Botschafter der tschechischen Republik in Berlin Rudolf Jindrák war über viele Jahre der tschechische Vorsitzende dieser Kommission, die wechselseitig in Bayern und Tschechien tagt. Als bayerischer Vorsitzender dieser Kommission habe ich auch ein Treffen zwischen Ministerpräsident Beckstein und dem tschechischen Ministerpräsidenten Mirek Topolanek in der Allianz Arena miterlebt.<sup>96</sup> Das Treffen der Ministerpräsidenten war ebenso bemerkenswert wie das Fußballspiel, das Mirek Topolanek im tschechischen Fan-Block verfolgte, obwohl wir ihn lieber an der Seite Becksteins auf der Ehrentribüne gesehen hätten. Tschechien gewann dieses EM- Qualifikationsspiel am 17. Oktober 2007 mit 3: 0! Die Löw-Truppe wurde anschließend in der Presse genauso auseinandergenommen wie von der tschechischen Nationalelf im Spiel. <sup>97</sup> Seehofer hat diese Politik der Annäherung und Aussöhnung mit Prag konsequent fortgesetzt. Er war der erste Ministerpräsident Bayerns, der am 20. Dezember 2010 Prag besucht hat und sich dort mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Petr Necas getroffen hat. Damit wurde eine neue Phase der intensiven Zusammenarbeit mit der tschechischen Republik eingeleitet. Edmund Stoiber hat die Zusammenarbeit ausgeweitet auf Regionen weltweit. Die Beziehungen sind unterschiedlich intensiv. In meiner Zeit innerhalb der Staatsregierung habe ich die Zusammenarbeit mit Westerncape im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2010 intensiviert und mit Gauteng neu angestoßen. In den Vereinigten Staaten wurde eine Partnerschaft mit Georgia entwickelt, in China kam Guandong neu dazu, in Indien Karnataka.

---

<sup>95</sup> Huber Bayern eröffnet Büro in Prag. <http://bit.ly/1eGQs55>

<sup>96</sup> Beckstein trifft Topolanek – Entspannung in Sicht Merkur.online.de 13. Oktober 2007 <http://bit.ly/1otZ0VI>

<sup>97</sup> 0:3 in EM-Qualifikation: Tschechen entzaubern Löws Erfolgself SPON 17. Oktober 2007 s <http://bit.ly/1ou0JVW>

In regelmäßigen Treffen dieser „Power Regions“ wird dieses Netzwerk gepflegt und gemeinsame Projekte entwickelt. 98 Heute gehören dieser 2002 in München gegründeten Konferenz der so genannten „Power Regions“ Oberösterreich, Shandong, Westerncape, Georgia, Sao Paulo, Quebec und Karnataka an.

Der Ausschuss der Regionen, der im Vertrag von Maastricht vereinbart wurde und der seit 1994 besteht, ist für Bayern von ganz besonderer Bedeutung. Hier spiegelt sich die Vielfalt Europas. Die Arbeit des Ausschusses der Regionen ist zwar nur beratend, aber für die Gesetzesfolgenabschätzung besonders wichtig. Bildlich gesprochen: wenn jemand in der Gesetzgebungsmaschinerie Brüssels irgendwo zieht, dann weiß er nicht automatisch, wo es in Bayern zappelt. Deshalb besteht eine Bringschuld der Regionen, die sich möglichst frühzeitig in die Entscheidungsprozesse einbringen müssen und dies nicht nur den professionellen Lobbyisten der Verbände überlassen dürfen. Nach dem Vertrag von Lissabon hat sich der Ausschuss der Regionen als Checkpoint der Subsidiarität entwickelt. 99 Dabei muss man aber zur Kenntnis nehmen, dass in den Regionen der Europäischen Union Subsidiarität unterschiedlich interpretiert wird und nicht alles, was unter dem Gesichtspunkt Subsidiarität an Vorschlägen eingebracht wird, auch eine Mehrheit findet. Präsenz in Brüssel ist deshalb wichtig, um Bündnisse zu schmieden und Mehrheiten zu schaffen. Ich habe als Europaminister eine Wohnung in Brüssel genommen, damit konnte ich Europapolitik nicht nur „aus dem Koffer“ machen. Als Leiter der Staatskanzlei war ich auch für alle 16 Länder der Vertreter Deutschlands im Medienministerrat und konnte so direkt an der europäischen Gesetzgebung mitwirken. Die Balance zwischen Einheit und Vielfalt muss immer wieder neu gefunden werden. Dabei geht es nur vordergründig um Kompetenzen, es geht um ein Strukturprinzip, das ich als Überlebensstrategie und überlegene Strategie im globalen Wettbewerb bezeichne. Zentral organisierte Mega-Gebilde sind vielfach nicht überlebensfähig, weil unflexibel und zu wenig lernfähig. Schmetterlinge sind wendiger als Dinosaurier! Netzwerke, deren Knoten nach vielen Seiten verbunden sind, sind flexibler und anpassungsfähiger. Es geht aber noch um mehr: Innovation braucht Wettbewerb und möglichst viele Hot Spots der Kreativität. Deshalb sind Marktwirtschaft und Subsidiarität essenziell. Besondere Beziehungen habe ich als Europaminister und Leiter der Staatskanzlei in Brüssel mit Schottland gepflegt und auch bei vielen Gelegenheiten in Schottland vertieft. Regionen in Europa müssen selbstbewusst auftreten, dabei sind Schottland und Bayern sehr

---

<sup>98</sup> Paul Fischer, Die regionalen Beziehungen Bayerns <http://bit.ly/1eGQs55>

<sup>99</sup> Die Arbeit des AdR <http://bit.ly/1eGTkyT>

ähnlich. Die Schotten sagen von sich sogar, „wir sind keine Region, wir sind eine Nation“.

Zumindest haben die Schotten eine Fußballnationalmannschaft und halten im Herbst 2014 ein Referendum ab, ob sie sich vom United Kingdom trennen und selbständiger Mitgliedstaat der Europäischen Union werden. Der Prozess der devolution, der 1998 von Tony Blair eingeleitet wurde, hat den Schotten mehr Macht gegeben, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Das war nach 300 Jahren der Vereinigung der Parlamente von 1707-2007 ein Festtag für das schottische Selbstbewusstsein. Das schottische Parlament hat seinen Sitz seit 2004 genau gegenüber dem königlichen Holyrood Palace in Edinburgh. Es wurde von dem katalanischen Stararchitekten Enric Miralles gebaut. Die Kosten, ursprünglich mit 40 Millionen £ geplant, landeten schließlich bei 431 Millionen £, eye-watering-overspending! Aber die Eröffnung am 4. Oktober 2004 durch Queen Elisabeth markierte eine Sternstunde der Demokratie. Der Prozess der devolution im UK ist ein Beispiel für asymmetrischen Föderalismus, da andere Landesteile wie England dieses Privileg nicht haben. Schottland hat ähnliche Zuständigkeiten wie die deutschen Länder, schottische Abgeordnete im Unterhaus reden aber z. B. über Bildungspolitik im Rest des UK mit, während dies aus England stammende Abgeordnete in Bezug auf Schottland nicht tun können, denn Bildungspolitik ist Sache des Parlaments in Schottland. Am 31. Januar 2007 fand im Parlament in Edinburgh das Microsoft Government Leaders Forum statt, an dem auch Bill Gates und Gordon Brown teilnahmen. Ich vertrat Bayern, interpretierte in meiner Rede die Ziele der deutschen Präsidentschaft – am 1. Januar 2007 hatte Deutschland für ein halbes Jahr die Präsidentschaft in der EU übernommen - und ging speziell auf die Bedeutung der Subsidiarität für Wachstum und Innovation ein. Ein besonderer Anknüpfungspunkt dazu war natürlich Adam Smith, der 1723 in Kircaldy in der Grafschaft Fife im Wahlkreis von Gordon Brown in Schottland geboren ist. Subsidiarität in der Europäischen Union ist die Voraussetzung für den Wettbewerb der Regionen. Wettbewerb zuhause ist die beste Schule für globale Wettbewerbsfähigkeit, es gilt lernen vom Besten statt nationale Fehler zu wiederholen. Subsidiarität und zentrale Regulierung des fairen Wettbewerbs in der Europäischen Union bedingen sich gegenseitig als entscheidende Voraussetzung für globale Wettbewerbsfähigkeit. Die zentrale Regulierung des fairen Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt gegen Missbrauch und Verfälschung von innen und außen sichert die Plattform, auf der sich innovative Potenziale und kreative Talente entfalten können. Dieser Wettbewerb der Regionen in der Europäischen Union ist anspruchsvoller als der Wettbewerb von Regionen nur innerhalb einer Nation. Edmund Stoiber hat immer von Bayern in der Champions League gesprochen. Die

Europäische Union ist Champions League, die Nation allenfalls die Bundesliga. Wer in der Champions League mitspielen kann, dem fällt es leichter, global konkurrenzfähig zu sein. Die Europäische Union ist deshalb heute schon eine Antwort darauf, wie die Chancen der Globalisierung am besten verwertet werden und die Risiken am besten vermieden werden können. Johann Wolfgang von Goethe wird der Satz zugeschrieben: „Zwei Dinge sollen Kinder von ihren Eltern bekommen: Wurzeln und Flügel“. Genau darum geht es auch beim Strukturprinzip der Europäischen Union. Die regionale Identität muss erkennbar bleiben. Regionen mit ausgeprägtem Selbstbewusstsein und einer langen Geschichte wie Bayern und Schottland treten ganz anders auf als die Bindestrich-Länder in Deutschland, die Artefakte der Nachkriegszeit sind. Ich habe die weiß-blauen Länder Schottland und Bayern, in Nordamerika auch Quebec, immer als die Protagonisten des von Roman Herzog geprägten Slogans „Laptop und Lederhose“ gesehen, wobei die Schotten die Lederhose durch den Kilt ersetzen. Starke Wurzeln geben die Kraft zu starken Flügeln, die nicht durch zentralistische Bürokratien gefesselt werden dürfen. Wer auf globalen Meeren segeln will, muss einen sicheren Heimathafen haben. Deshalb ist das Streiten um „more power for the regions“ nicht Prinzipienreiterei, sondern ein Ringen um die besten Voraussetzungen für das globale Prosperieren des Gesamtunternehmens Europäische Union. Das Prinzip der Subsidiarität ist ein Grundprinzip der Europäischen Union, das besonders im Lissabon Vertrag verankert ist. Die Parlamente der Mitgliedstaaten haben seit dem 1. Dezember 2009 eine starke Stellung in der Subsidiaritätskontrolle. Von 2009-2014 wurden knapp 500 Gesetzesvorschläge der Kommission behandelt. Die bayerische Staatsregierung sah in 31 Fällen die Subsidiarität verletzt, der Bundesrat hat in 11 Fällen eine konkrete Subsidiaritätsrüge erhoben. Auch der bayerische Landtag hat sich in dieser Zeit mit der Subsidiaritätsprüfung befasst und in Zusammenarbeit mit den Landesparlamenten der deutschen Länder die Auswirkungen auf Bayern geprüft. Das gleiche gilt für den Bundestag. Dazu kommt noch das Subsidiaritätsmonitoring des Ausschusses der Regionen, das in einem europäischen Netzwerk von Parlamenten aller Ebenen, Regierungen und NGO's organisiert ist und die Stellungnahmen europaweit austauscht. 100 Ein Klagerecht wegen Subsidiaritätsverletzung haben sowohl die nationalen Parlamente als auch der Ausschuss der Regionen vor dem Europäischen Gerichtshof.

---

<sup>100</sup> Subsidiarity Network COR <http://bit.ly/1mINvR3>

Bundespräsident Roman Herzog hat in seiner Rede in der Paulskirche vom 18. Mai 1998 „150 Jahre Revolution 1848“ die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in Europa und auf allen demokratischen Ebenen gefordert, dies sei der Lackmustest für die Demokratie.<sup>101</sup> Heute fordert Roman Herzog in einem Brandbrief an Bundeskanzlerin Angela Merkel Abwehrrechte der nationalen Parlamente gegen die EU-Bürokratie.<sup>102</sup> Diese Rechte gibt es sei dem Vertrag von Lissabon. Die geringe Anzahl der Subsidiaritätsrügen spricht gegen die These von der überbordenden Bürokratie. Die europäische Kommission kann sich auch keine Kompetenzen aus eigener Machtvollkommenheit einfach aneignen. Kompetenzen werden immer durch einstimmigen Beschluss der Mitgliedstaaten übertragen. Das Frühwarnsystem hat den Subsidiaritätsscheck der nationalen Parlamente und Regionen innerhalb der EU schon für jeden Kommissionsentwurf fest etabliert. Wer Missachtung des Subsidiaritätsprinzips annimmt, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er sich in den vergangenen 5 Jahren mit diesem Thema als Mitglied des Bundestages oder als Mitglied des Landtages intensiv genug auseinandersetzt hat. Es ist aber auch die Frage erlaubt, ob Deutschland als größter Mitgliedsstaat nicht auch ohne ein solches Frühwarnsystem das Gewicht hat, Subsidiarität im Europäischen Rat durchzusetzen. Alle Vorschläge der Kommission kommen nur mit dem Votum des Europäischen Parlaments und der 28 Mitgliedstaaten ins Europäische Gesetzblatt.

### **Euro-Partei oder Esperanto-Partei?**

Schon im Grundsatzprogramm der CSU von 1946 war zu lesen: „Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion!“ Der 1. Versuch eine Währungsunion zu schaffen wurde mit dem Werner-Plan 1970 unternommen, scheiterte jedoch. Einen neuen Anlauf unternahm der Europäische Rat am 5. Dezember 1978. Daraus entstand das Europäische Währungssystem EWS, mit dem die Währungen der Mitgliedstaaten in Beziehung zueinander gesetzt und ein System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse etabliert wurde. Der europäische Gipfel in Hannover beschloss dann 1988 die Einsetzung einer Expertengruppe unter Leitung des Kommissionspräsidenten Delors, die den so genannten Delors-Bericht am 12. April 1989 vorlegte. Ähnlich wie im Werner Plan war ein dreistufiges Vorgehen enthalten im Juni 1989

---

<sup>101</sup> Roman Herzog „150 Jahre Revolution 1848/49“, 18. Mai 1998 Paulskirche Frankfurt <http://bit.ly/1piSQSr>

<sup>102</sup> Altbundespräsident Roman Herzog fordert Abwehrrechte gegen EU, ZEIT online, <http://bit.ly/1piTNu4>

beschloss der Europäische Rat den Einstieg in die 1. Stufe am 1. Juli 1990. Der immer wieder behauptete Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Einführung des Euros zur Disziplinierung Deutschlands besteht so nicht. Der Vertrag von Maastricht trägt die Handschrift Deutschlands, übernimmt die Unabhängigkeit der Bundesbank auch für die europäische Zentralbank und schreibt strenge Stabilitätskriterien (Maastricht-Kriterien) fest. Richtig ist, dass Deutschland die politische Integration vor der wirtschaftlichen Integration oder zumindest parallel zur wirtschaftlichen Integration bevorzugt hätte. In der politischen Diskussion haben 2 Theorien eine große Rolle gespielt, einmal die Krönungstheorie, zum anderen die Konvergenztheorie. Die Krönungstheorie geht davon aus, dass erst nach Herstellung einer vollständigen Konvergenz, sozusagen als Krönung, die gemeinsame Währung geschaffen wird. Die Konvergenztheorie geht davon aus, dass eine gemeinsame Währung automatisch zu einer Konvergenz führt. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen. Eine gemeinsame Währung, verbunden mit der Einführung einer unabhängigen Notenbank und eindeutigen Stabilitätskriterien kann zu Fortschritten beim Konvergenzprozess führen. Dies gilt natürlich nur dann, wenn im Vorfeld bereits eine Annäherung der volkswirtschaftlichen Daten der EU-Mitgliedstaaten erfolgt ist. In der Tat hat der Maastricht Prozess in Europa schon im Vorfeld der Euro-Einführung eine Entwicklung zur Stabilitätsgemeinschaft ausgelöst. Zum Maastricht-Vertrag gab es eine sehr tief gehende und teilweise auch polemische politische Auseinandersetzung quer durch die Parteien. Peter Gauweiler diffamierte den Euro als Esperantogeld<sup>103</sup>, Oskar Lafontaine erklärte, dass die Stabilitätskriterien von Maastricht zu einer Rezession führten und Rudolf Scharping, damals SPD Vorsitzender, bezweifelte, dass die Mitgliedstaaten einschließlich Deutschland die Maastricht-Kriterien bis zur Jahrtausendwende erreichen könnten.<sup>104</sup> Die deutschen Länder erreichten im Ratifizierungsprozess für Maastricht mit dem Europa Art. 23 im Grundgesetz weitgehende Mitwirkungsrechte in der Europapolitik. Unmittelbar vor dem Start des Euros hatte sich die Diskussion im Sommer 1997 noch einmal auch innerhalb der CSU zwischen Theo Waigel und Edmund Stoiber entzündet. Dabei wurde besonderer Wert auf die strikte Einhaltung der Kriterien gelegt. „Drei-Komma-Null ist Drei-Komma-Null“ der Euro sollte auf keinen Fall eine weiche Währung, sondern eine harte Währung werden. Tatsächlich hat sich in der zehnjährigen Geschichte des Euro der Euro stabiler erwiesen als die alte DM. Die

---

<sup>103</sup> Europa Ja, aber, Der Spiegel, 23. 03. 1992 <http://bit.ly/1bIDWAT>

<sup>104</sup> Im nächsten Jahr regieren SPIEGEL-Gespräch mit dem neuen SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping über seine Ziele und den Kurs der Partei, Der Spiegel, 28.06.1993 <http://bit.ly/1bIFjO0>

DM hat seit ihrer Einführung 1948 jährlich um 2,6 % an Wert verloren, die Inflationsrate des Euro in Deutschland liegt deutlich unter 2 % bei 1,6%.<sup>105</sup> Dennoch sorgten sich die Bürger um die Euro Stabilität.<sup>106</sup> Nach einer Umfrage des ZEIT-Politbarometers im Sommer 2011 sind das 86 %, eine überwältigende Mehrheit, und knapp mehr als die Hälfte der Bürger (53 %) sind mit dem Krisenmanagement der Europäischen Union unzufrieden. Das ist angesichts der Schuldenkrise auch kein Wunder. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass der Euro nicht Verursacher der Krise ist, sondern das Abweichen von den Spielregeln, das Leben auf Pump Diesseits und Jenseits des Atlantiks und der Einfluss der globalen Finanzmärkte, die seit 2008 im permanenten Krisenmodus sind, haben Einfluss auf den Euro und verlangen nach neuen Instrumenten des Risikomanagements. Allerdings haben sie auch Einfluss auf den Dollar und das britische Pfund und haben dort zu massiven Reaktionen der Zentralbanken geführt. Die FED hielt 2013 über 2000 Milliarden Staatsanleihen.<sup>107</sup> Die Bank von England hält 30 % der britischen Staatsanleihen. <sup>108</sup>Dieser Weg, den auch Japan gegangen ist, ist für Europa allerdings nicht gangbar, auch wenn die Bundesbank früher schon Staatsanleihen gekauft hat, ist die Staatsfinanzierung nach angelsächsischen Muster der Europäischen Zentralbank nicht möglich.

Die Europäische Union brauchte deshalb neue Instrumente, um die Schuldenkrise zu bewältigen, das Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern und Präventionsmechanismen für die Zukunft zu installieren. Im Vergleich zur nationalen Gesetzgebung ist die europäische Gesetzgebung bei inzwischen 28 Mitgliedsstaaten äußerst schwerfällig. Die Finanzmärkte und die Finanzströme verlangen aber eine schnelle Reaktion, sonst kommen alle Maßnahmen, so sinnvoll sie auch sein mögen, zu spät. Als provisorisches Instrument wurde der EFSF im Oktober 2010 installiert, der am 8. Oktober 2012 vom ESM als permanentes Instrument abgelöst wurde. Nicht nur die Verhandlungen, sondern auch die Ratifizierungsprozesse in den Mitgliedstaaten waren langwierig und insbesondere in Deutschland durch Verfassungsklagen und Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts begleitet. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. September 2012 hat den Weg für den ESM freigemacht. Deutschland war der letzte Mitgliedstaat im Ratifizierungsprozess, die Euro-Skeptiker haben dabei eine schwere Schlappe erlitten. Auch

---

<sup>105</sup> Euro schneidet besser ab als DM, SPON, 16. 12.2011 <http://bit.ly/1ghfu9r>

<sup>106</sup> Bürger sorgen sich um Euro-Stabilität, ZEIT-online, 15. Juli 2011 <http://bit.ly/1ghhrTa>

<sup>107</sup> Soviel Schulden finanziert die FED, FAZ vom 19. September 2013, <http://bit.ly/11AgQPM>

<sup>108</sup> Bank of England als Staatsfinanziererin weiter Spitze, The Wall Street Journal Deutschland, 5. Februar 2014 <http://bit.ly/1fsRWA0>

der Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, inzwischen stellvertretender Parteivorsitzender der CSU, gehörte zu den Klägern vor dem Bundesverfassungsgericht.<sup>109</sup> Im Anschluss an diese Entscheidung hat sich das Bundesverfassungsgericht mit der Ankaufspolitik der EZB für Staatsanleihen beschäftigt wieder auf Antrag des CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler in inniger Umarmung mit der Linken Sahra Wagenknecht und anderen Euro-Gegnern. Wenn man die Schnelligkeit der nationalen Gesetzgebung und die Größe des 500-Mrd-Rettungsschirms in Deutschland im Herbst 2008 vergleicht mit dem langsamen europäischen Procedere und der Größe des Rettungsschirmes durch den ESM, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass die Finanzmärkte massiv auf das Scheitern von Staaten und das Scheitern des Euro spekulierten. Die Europäische Union unter Führung von Angela Merkel hat einen europäischen Rettungsschirm installiert, im Fiskalpakt die Maastricht-Kriterien geschärft und die Verfahren unabhängig von politischen Einflüssen gemacht. Fatalerweise konnten alle diese Instrumente nicht in Kraft treten. Der Schirm war auf dem Papier vorhanden, er konnte jedoch nicht aufgespannt werden und seine Funktion nicht entfalten. Dies machte nicht nur die Finanzmärkte nervös, sondern auch den amerikanischen Präsidenten Obama, der durch negative Entwicklungen in der Europäischen Union die Bemühungen der amerikanischen Politik und der amerikanischen Notenbank einem hohen Risiko ausgesetzt sah. In dieser äußerst kritischen Phase des Krisenmanagement hat EZB-Präsident Mario Draghi am 26. Juli 2012 mit einem einzigen Satz die Finanzmärkte beruhigt: „Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.“<sup>110</sup>

Dagegen liefen natürlich die Euro-Gegner Sturm. In Spiegel-online vom 12. September 2012 ist nachzulesen: „Gauweiler hatte seinen Eilantrag gegen die EZB-Anleihenkäufe, die unter bestimmten Bedingungen in unbegrenzter Höhe erfolgen können, damit begründet, mit der Entscheidung seien im Grunde der ESM und alle anderen Entscheidungen zur Euro-Krise hinfällig geworden. Er nannte die Entscheidung der EZB unter ihrem Präsidenten Mario Draghi eine „Selbstermächtigung zu einem Hyperrettungsschirm“.<sup>111</sup> Das Bundesverfassungsgericht gab diesem Eilantrag nicht statt, sondern setzte sich im

---

<sup>109</sup> ESM- Urteil aus Karlsruhe, Schlappe für die Euro-Skeptiker, Spiegel online, 12. September 2012

<http://bit.ly/1jqabXz>

<sup>110</sup> Verbatim of the remarks made by Mario Draghi Speech by Mario Draghi, President of the European Central Bank at the Global Investment Conference in London 26 July 2012 <http://bit.ly/1jqhNt7>

<sup>111</sup> SPON <http://bit.ly/1jqabXz>

Hauptsacheverfahren damit auseinander und hat am 7. Februar 2014 beschlossen, die Entscheidung dem Europäischen Gerichtshof zu überlassen, nicht ohne erhebliche Zweifel an den Rechtsgrundlagen des Ankaufsprogramms der Europäischen Zentralbank zu äußern. Neben dem Verfassungsstreit gibt es auch einen Professorenstreit zu den Anleihekäufen. Einem Aufruf amerikanischer und europäischer Professoren der Volkswirtschaftslehre, die die Politik Draghies unterstützten, setzten 136 deutsche Professoren ein Manifest entgegen, in dem sie die Maßnahmen der EZB als „rechtswidrig und ökonomisch verfehlt“ betrachteten.<sup>112</sup>

Jenseits aller Verfassungsstreitigkeiten und Professorenweisheiten hat die tatsächliche Entwicklung Mario Draghi Recht gegeben. Allein die Ankündigung der EZB hat die Märkte beruhigt und die Bedingungen für die Erholung der Eurozone dramatisch verbessert. Im Frühjahr 2014 sind die Wachstumskräfte unübersehbar. Skeptiker wie der Nobelpreisträger und New York Times Kolumnist und Nobelpreisträger Paul Krugman, der den Euro 2011 auf dem Todestrip wähnte, sind widerlegt.<sup>113</sup> Heute spricht Krugman vom Draghieffekt, der den Wendepunkt in der Euro Krise gebracht hat: „But the ECB’s willingness to step up and do its job has given Europe some breathing room.“<sup>114</sup> Im krassen Gegensatz dazu stehen die Beurteilungen der Euro-Gegner wie Professor Albrecht Schachtschneider, der davon spricht, dass das Euro-Abenteuer bald zu Ende geht.<sup>115</sup> Schachtschneider klagte gemeinsam mit Starbatty, Nölling und Hankel gegen die Anleihekäufe der EZB und sitzt damit im gleichen Boot wie der stellvertretende CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler. Politisch wird diese Richtung von der Alternative für Deutschland vertreten, die sich jetzt mit Bernd Lucke und Hans Olaf Henkel an der Spitze an der Europawahl 2014 beteiligt.

Es ist an der Zeit, diesen „Euronuchen“, die politisch komplett zeugungsunfähig sind, eine klare Absage zu erteilen. Wir haben die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Diese Krise betrifft alle Staaten weltweit, selbst die Vereinigten Staaten als größte Wirtschaftsmacht der Welt, haben massiv mit Verschuldung, Wachstumsdefiziten und Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die Europäische Union hat dieser Krise, die am meisten die Mitgliedstaaten im Süden betrifft, eine gemeinsame Kraftanstrengung und koordiniertes nationales Handeln entgegengesetzt. In dieser Krise das

---

<sup>112</sup> Ökonomen attackieren EZB-Anleihekaufprogramm, <http://bit.ly/1jqoATE>

<sup>113</sup> Eurozone auf dem Todestrip, Deutsche Mittelstandsnachrichten vom 26. September 2011, <http://bit.ly/OqL6BU>

<sup>114</sup> The state of the Euro, NYTimes, 1. Januar 2014 <http://nyti.ms/OqPiRS>

<sup>115</sup> Gastbeitrag Handelsblatt, 10. Februar 2014, <http://bit.ly/OqPMYn>

Auseinanderbrechen der Eurozone und eine Währungskrise zu riskieren oder zu provozieren, hätte fatale Folgen für die Bürgerinnen und Bürger in allen Staaten Europas gehabt. Hätte Angela Merkel die Ratschläge der Euroskeptiker in den eigenen Reihen, in der Wissenschaft und in den Medien befolgt und umgesetzt, wäre das Geld der kleinen Leute schon längst im Eimer. Die Stabilisierung der Eurozone ist deshalb eine Schlüsselfrage. Das Bundesverfassungsgericht wird zu Recht kritisiert, weil es weltfremd und wenig kenntnisreich die Finanzmärkte beurteilt. „Finanzmärkte funktionieren anders als das Gericht meint“ schreibt Ulrich Schäfer in der Süddeutschen Zeitung.<sup>116</sup> Die Europäische Union ist keine Insel. Die Akteure an den Finanzmärkten nehmen keine Rücksicht auf die Gemütlichkeit der Verfassungsrichter und die langen Entscheidungswege der europäischen Mehr-Ebenen-Demokratie. Wer nicht handelt, wird behandelt. Deshalb hat Mario Draghi und die EZB richtig gehandelt oder besser gesagt richtiges Handeln angekündigt: Ohne 1 € in die Hand zu nehmen, wurde durch die Rede Mario Draghis in London die Trendwende in der Staatsschuldenkrise erreicht. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Der Euro ist ein herausragendes europäisches Projekt, ein Markt - eine Währung, ist eigentlich Begründung genug. Wenn der Euro scheitert, wird Europa als Renminbi-Provinz enden. Demokratische Defizite werden von globalisierten Märkten verursacht, die sich nicht mehr national bändigen lassen. Deshalb brauchen wir mehr Europa überall dort, wo es um die die Antwort auf globale Herausforderungen geht. Dieses Europa muss demokratisch organisiert sein und gleichzeitig handlungsfähig werden. Die Einführung des Euro ist eine politische Innovation, genauso wie die Gründung des Europarates und die Gründung der Europäischen Union. Die Vereinigten Staaten mit der Dominanz des Dollar haben als größte Volkswirtschaft der Welt klare Vorteile in der Globalisierung. Trotzdem stoßen auch die Vereinigten Staaten an Grenzen der Politik und der Demokratie, die sie in ihrem Machtanspruch auch regelmäßig überschreiten. Der europäische Binnenmarkt, die Europäische Währungsunion und die europäische Demokratie müssen weiterentwickelt werden. Entscheidende Schritte dazu wurden in den letzten Jahren getan. Ein Rückfall in die Zeiten vor der Währungsunion mit 28 nationalen Währungen, die aneinander gekoppelt sind und ständig Interventionen der Notenbanken erfordern, ist keine Zukunftsoption, ebenso wenig Neuzuschneide der Währungsunion, die alle Worst-Case-Szenarien von Kettenreaktionen bei der Insolvenz von Staaten oder dem Austritt von Staaten aus der

---

<sup>116</sup> Die Richter und der Markt, SZ vom 22./23. Februar

Währungsunion ausblenden. Die Pleite von Lehman Brothers im „fernen“ Amerika hat als Schockwelle weltweit gewirkt. Alles hängt mittlerweile mit allem zusammen. Jetzt muss im Kielwasser des Draghi-Effekts und der Reformen in Brüssel die nationale Ebene mit politischen Kraftakten folgen, die endlich das Ziel des Lissabonprozesses von 2000, Europa zum wachstumskräftigsten und wettbewerbsfähigsten Raum der Welt zu machen, konsequent umsetzen. Was zu tun ist, ist bekannt. Frankreichs Präsident Francois Hollande ist das jüngste Beispiel für diesen Lernprozess, dem sich kein verantwortlicher Politiker entziehen kann. Die europäischen Schwergewichte Deutschland und Frankreich setzen auf eine gemeinsame Reform Agenda.<sup>117</sup> Euro als Zukunftsmodell oder Esperantogeld, das ist die entscheidende Frage, der man nicht ausweichen kann. Man kann nicht beide Ansichten gleichzeitig vertreten. Ein mutwilliges oder fahrlässiges Scheitern des Euro-Projektes wäre ein fataler Rückschlag nicht nur für die Wirtschaft, sondern für den Stellenwert Europas in der Welt. Die Globalisierung bietet uns die Rolle als Spieler oder als Ball. Mit Euro sind wir Spieler, ohne Euro Ball.

Die Europäische Union hat eine hohe Attraktivität für die, die außerhalb der Union leben. Die Ereignisse in der Ukraine sprechen Bände. Hier ist Europa nicht ein Projekt der Eliten, sondern ein Projekt des Volkes. Was wir brauchen, ist nicht der Rückfall in nationale Egoismen, sondern einen neuen Patriotismus für die europäische Idee und die europäischen Werte. Das gemeinsame europäische Erbe ist nicht ein Diktat von Brüssel, sondern in vielen schmerzlichen Prozessen durch Jahrhunderte der europäischen Geschichte gewachsen. Wenn wir das „Wagnis der Einheit“<sup>118</sup> in Deutschland wagten, sollten wir auch das „Wagnis der Einheit“ in Europa wagen. Jean Marie Guehenno schreibt: „Das Jahr 1989 bezeichnet nicht das Ende einer Epoche, die 1945 oder 1917 begonnen hätte, sondern das Ende dessen, was durch die Revolution von 1789 institutionalisiert wurde. Mit diesem Jahr endet das Zeitalter des Nationalstaates.“<sup>119</sup> Wenn sich Demokratie im Nationalstaat organisiert, dann muss beim Bedeutungsschwund des Nationalstaats Demokratie übernational organisiert werden. Folgt man Guehenno, dann gibt es einen „Raum der kommunalen, der regionalen und nationalen Solidarität. Alles verändert sich, wenn sich die Tätigkeit des Menschen aus der räumlichen Bindung löst, wenn die Mobilität von Menschen und Wirtschaft das geographische Netz zerreißt.“ Diese Mobilität ist auch dann gegeben, wenn der Mensch den geographischen Ort

---

<sup>117</sup> Germany Calls Hollande Reform Plans 'Courageous' Reuters, 15. Januar 2014 <http://nyti.ms/OqYINp>

<sup>118</sup> Horst Siebert, Das Wagnis der Einheit, DVA 1992

<sup>119</sup> Jean Marie Guehenno, Das Ende der Demokratie, Artemis & Winkler, 1994

nicht verlässt, sondern sich im World Wide Web „bewegt“. Genau an diesem Punkt entzündet sich das Unbehagen und die Unzufriedenheit vieler Menschen mit der Politik: der Nationalstaats kann auf viele Fragen des täglichen Lebens in der globalen Welt keine Antwort mehr geben. Die Reaktion darauf kann nicht Retropolitik der nationalen Abschottung sein, sondern die Entwicklung neuer demokratischer Prozesse und Strukturen in größeren Einheiten. Wenn dabei das Prinzip Einheit in der Vielfalt und Vielfalt in der Einheit gilt, schafft sich weder Deutschland noch Bayern ab. Ganz im Gegenteil: der Erfolg der Europäische Union ist eine wesentliche Garantie für den Erhalt der Identität der Mitgliedstaaten, der Regionen und der Individuen. Die Time titelt 50 Jahre nach den Verträgen von Rom im März 2007: „What´s Europe done for You? Fifty Years after the Treaty of Rome was signed, some reasons to give thanks.“

47 Staaten Europas sind Mitglieder des Europarates, nur Weißrussland fehlt. Von diesen 47 Staaten sind 28 Mitglieder der Europäischen Union, die Eurozone hat inzwischen 18 Mitglieder, weitere Anwärter stehen in der Warteschlange. Oberstes Ziel muss die Umsetzung der Menschenrechtskonvention in allen 47 Staaten, zusätzlich auch in Weißrussland sein. Ein Beitritt zur Europäischen Union ist prinzipiell allen europäischen Staaten möglich, aber wie leicht erklärbar ist, nicht für alle Mitglieder des Europarates politisch sinnvoll und erstrebenswert. Eine Europäische Union von 47 Staaten ist nicht einmal fernste Zukunft. Die Europäische Union darf aber nicht zu einer europäischen Festung ausgebaut werden. Ein Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA im Westen ist genauso auf der Tagesordnung wie die östliche Partnerschaft mit den osteuropäischen Staaten und die Partnerschaft mit Russland. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei haben einen offenen Ausgang, neben der Erfüllung der Kopenhagen Kriterien für den Beitritt ist auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union ein wesentliches Kriterium. Die Staaten des westlichen Balkans brauchen eine Beitrittsperspektive. Es ist auch im politischen Interesse der Europäischen Union, dass eine Schengengrenze nicht quer durch Volksgruppen und Familien zum Beispiel zwischen Kroatien und Bosnien oder Serbien verläuft und dass 100 Jahre nach den Schüssen von Sarajevo eine Basis für dauerhaften Frieden entsteht. Das Gelingen des inneren Ausbaus der Europäischen Union einschließlich des Projektes Euro ist die entscheidende Voraussetzung für die Attraktivität der Europäischen Union und kraftvolles Handeln nach außen. Die Europäische Union muss auch im Nahen Osten und in Afrika ihre

Interessen vertreten und darf sich nicht im Klein-Klein der innereuropäischen Tagespolitik und nationaler Egoismen erschöpfen.

### **Europhobie führt aufs Abstellgleis**

Die Europawahl am 25. Mai 2014 macht die Volksparteien der Mitte EVP und PES schwächer, zusammen erhalten sie 54 % der Stimmen. Euro-skeptische und Europa-skeptische Parteien haben teilweise große Erfolge, die UKIP im Vereinigten Königreich mit 27 %, der FN in Frankreich mit 25 %, Beppe Grillo in Italien mit 21 %. Während die Volksparteien im Vereinigten Königreich und in Frankreich einbrachen, führte Matteo Renzi in Italien seine Sozialdemokraten zu 40,8 %. Er setzte klar auf Reformen und er setzte klar auf Europa. Dieser Mut und diese Glaubwürdigkeit wurden vom Wähler belohnt! In Deutschland schafft die europafeindliche AfD den Sprung ins Europaparlament, genauso wie viele kleine Parteien, die dank des Wegfalls der 3 % Hürde mit Sitzen belohnt wurden. Das Wahlergebnis in Bayern ist eine Klatsche für die CSU und für Seehofer, der versucht hat mit einem kleinen Ja und einem großen Aber, der AfD das Wasser abzugraben und auf die Mühlen der CSU zu lenken. Diese Strategie ist misslungen. Dafür hat Seehofer die Verantwortung übernommen. Auch der Wahlkampf der CDU hat nicht überzeugt und gezündet. Das zeigen zweistellige Ergebnisse der AfD in Sachsen.<sup>120</sup> Immerhin konnte die CDU dort ihr Ergebnis von 2009 fast halten. Der Wahlkampf der CSU war in hohem Maße unglaublich. Man kann nicht die Europapolitik Angela Merkels unterstützen und dann auf Peter Gauweiler, den größten Kritiker Angela Merkels, als Wahlkampflokomotive setzen! Gleichzeitig wurde dabei auch mit der Europapolitik der CSU von Franz Josef Strauß über Theo Waigel bis Edmund Stoiber gebrochen. Das hat der Wähler abgestraft. Das neue Parlament in Straßburg wird die aus verschiedenen politischen Lagern zusammen gewürfelten europaskeptischen Abgeordneten entzaubern. Darauf zu setzen und sich damit zufrieden zu geben, wäre aber fatal. Die Europapolitik wird zur Nagelprobe der Glaubwürdigkeit: Kurs halten, klare politische Aussagen, mehr Europa als Antwort auf die Globalisierung, konsequente Einhaltung der Subsidiarität, Wachstum und Innovation für neue Jobs. Ein Rückfall in Protektionismus und Abschottung im Inneren und nach Außen wäre der falsche Weg. Die gleiche Diskussion wie in Europa hat die USA, die Tea-Party lässt grüßen. Im

---

<sup>120</sup> MDR vom 25./26. Mai 2014, CDU ist Wahlsieger, AfD mit starkem Ergebnis,

Osten hat die Wahl in der Ukraine am gleichen Tag gezeigt, wie im 1. Wahlgang bei 23 Bewerbern ein Präsident die Mehrheit gewinnen kann. Die Bürgerinnen und Bürger sehnen sich nach Stabilität. Gleichzeitig hat der Nationalismus mit Eruptionen von Gewalt Konjunktur und erinnert an die fatalen Entwicklungen Europas vor dem 1. Weltkrieg. Im Gegensatz zu damals haben wir heute die Instrumente und hoffentlich auch die Einsicht für gewaltfreie in demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahren gefundene und getragene Lösungen.

„Die Volksparteien in Bedrängnis“<sup>121</sup> und „Warnschuss für Europas Elite“<sup>122</sup> sind Schlagzeilen der FAZ, die sich mit der Analyse und den Konsequenzen aus dem Wahlergebnis beschäftigt. Wer allerdings meint, dass der Binnenmarkt prosperiert und Wachstum und Beschäftigung produziert, wenn man den Euro demontiert, springt zu kurz. Auch die mangelnde Härting des Stabilitätspaktes funktioniert nicht, wenn man Kompetenzen rückverlagert, sind es doch gerade die Sünden der Mitgliedstaaten, die zur Schuldenkrise geführt haben. Sorgfältig analysieren muss man das Bild, das sich viele Bürger von Europa machen und die Botschaften der Rechtspopulisten und Linkspopulisten, mit dem Sie dieses Bild malen.

Am Beispiel von David Cameron lässt sich deutlich sehen, dass rechtspopulistische Strömungen an Fahrt aufnehmen, wenn man sich mit ihnen treiben lässt. Der Artikel „The Eurosceptic Union“<sup>123</sup> einschließlich der Kommentare, die unter diesem Artikel veröffentlicht sind, zeigen, dass die Euroskeptiker alles andere als eine Union sind und mit welchen platten Parolen Nigel Farage agierte. „I don't want Britain to leave the EU. I want Europe to leave the EU,“ declared Mr. Farage. Das ländliche England war seine Hochburg, viel weniger dagegen Schottland und Nordirland. Es gibt ein Zitat von Nigel Farage, mit dem er das schlechte Ergebnis in London kommentierte: „It's difficult to convince educated people“. Hier liegt einer der Punkte, wo anzusetzen ist. Ebenso wenig wie Cameron hat das nachhören euroskeptischer Parolen der CSU etwas gebracht. Wer mit dem Finger auf Bürokratie und abgehobene Gesetzgebung in Brüssel zeigt, auf den deuten 4 Finger zurück. Brüssel sind alle Mitgliedstaaten und alle nationalen und regionalen Parlamente! Subsidiarität konkret einfordern und umsetzen ist gefragt, auch in den Mitgliedstaaten und in den Parlamenten der Mitgliedstaaten. Gerade in UK entwickelt sich u. a. in den Kommentaren im

---

<sup>121</sup> Nikolaus Busse, Volksparteien in Bedrängnis, FAZ vom 26. Mai 2014 <http://bit.ly/1mxOLrY>

<sup>122</sup> Holger Steltzner, Warnschuss für Europas Elite, FAZ vom 26. Mai 2014 <http://bit.ly/1mxP06k>

<sup>123</sup> The Eurosceptic Union, The Economist, May 26<sup>th</sup> <http://econ.st/1pqCjz6>

Economist eine muntere Diskussion, die sich mehr und mehr mit den Vorteilen der Europäischen Union aneinandersetzt. „Looked at in the round, the EU is a remarkable achievement. Nations that destroyed one another in two murderous wars starting a century ago now work out their differences around a negotiating table on a daily basis. Where else in the world does that happen?

Europhobia is a blind alley. Yes, things are wrong with the EU but they can and must be put right. The alternative is a blind alley.“

Europas Populisten sind Gift für Jobs und Wohlstand, bringt es Björn Finke in der SZ vom 30. Mai 2014 auf den Punkt. Nicht weil diese im Europäischen Parlament soviel bewegen können, sondern weil die etablierten Parteien den Populisten hinterher laufen.<sup>124</sup>

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

### **Volkspartei!**

Europa nein danke? Ist der Titel einer Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa, die 2013 von der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgelegt wurde.<sup>125</sup> Nicht nur in Deutschland, in allen europäischen Mitgliedsstaaten, macht sich Europa-Skepsis breit. Rechtspopulistische Parteien schließen die Pilze aus dem Boden und erzielen bei Wahlen zunehmend Erfolge. Diese neuen Parteien stecken auch die alten Parteien an und verändern deren Positionen zu Europa. David Cameron und die englischen Konservativen sind nur ein Beispiel unter vielen. In den Augen der Rechtspopulisten ist die EU ein Bürokratiemonster, die Staatsschuldenkrise ein Resonanzboden für platte Parolen wie „genug gezahlt“ und „raus aus dem Euro“. Eng verbunden damit sind häufig Islamfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Die etablierten bürgerlichen Parteien werden aggressiv attackiert. In 14 europäischen Ländern, die Schweiz inbegriffen, gibt es rechtspopulistische Parteien mit relevanten Wahlerfolgen seit der Mitte der Neunzigerjahre. In Deutschland ist die „Alternative für Deutschland“, in der Aufstellung der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung wegen des fehlenden Wahlerfolges noch nicht enthalten, das jüngste Beispiel. Inzwischen ist die Alternative für Deutschland aber in das Europaparlament eingezogen und hat sich dort der von den britischen Konservativen dominierten Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) angeschlossen. Zu dieser Truppe von 63 Parlamentariern gehören auch stramm rechte

---

<sup>124</sup> Björn Finke, Pures Gift für Jobs und Wohlstand, SZ vom 30. Mai 2014

<sup>125</sup> Europa Nein Danke, Karsten Grabow, Florian Hartleb Konrad Adenauer Stiftung 2013